

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2023

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters.....	1
Rat der EU: Entschlüsseungen zur Jugendpolitik.....	1
Rat der EU: EntschlieÙung zum europäischen Bildungsraum	1
Rat der EU: Standpunkt zu Verbraucherschutz für den grünen Wandel	2
EU-Parlament stimmt für Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention.....	2
EU-Parlament: Fahrplan für ein soziales Europa	2
EGMR: Gleichgeschlechtliche Partnerschaften müssen rechtlichen Status erhalten können	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schweiz: Familienzulagengesetz reformiert	3
Schweiz: Anspruch auf Mutterschaftsurlaub bei Parlamentarierinnen	3
Irland: Warnhinweise auf alkoholischen Getränken	3
Rumänien: Landesweiter Streik der Lehrkräfte.....	4
Portugal: Sterbehilfe soll legalisiert werden	4
Frankreich: Gesetzentwurf gegen Verjährung von Sexualstraftaten.....	4
Albanien: Niedrigste Geburtenrate seit den neunziger Jahren	5
GroÙbritannien: Entschädigungsprogramm für Opfer sexuellen Missbrauchs.....	5
Weitere Nachrichten	5
COFACE: Stellungnahme zu Qualitätsstandards in der frühkindlichen Betreuung.....	5
COFACE: Stellungnahme zur Planung der Kohäsionspolitik	5
Europäische Woche der mentalen Gesundheit	6
Housing Europe: Wiederaufbau in der Ukraine.....	6
Berichte und Studien	6
Eurochild: Kurzbericht über Kinder in alternativer Betreuung in den NAP für die Kindergarantie.....	6
Eurochild: Jahresbericht 2022	7
Unicef: Bericht zur frühkindlichen Betreuung von geflüchteten Kindern aus der Ukraine	7
Population Europe: Empfehlungen für besseren Schutz von Geflüchteten.....	7
OECD: Aktueller Bericht zu Geschlechterungleichheiten.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen




EU-Kommission: Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters

Im Rahmen des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters hat die EU-Kommission wirtschaftspolitische Leitlinien sowie arbeitsmarktpolitische und länderspezifische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten veröffentlicht. Diese sollen dabei unterstützen, die Wirtschaft resilient und zukunftsfähig zu gestalten. Dabei sollen Nachhaltigkeit und soziale Ausgewogenheit berücksichtigt sowie ein Augenmerk auf Inklusivität und Gerechtigkeit gelegt werden. Die länderspezifischen Empfehlungen umfassen jeweils einen Teil zur Haushaltspolitik, zur Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, zur Energiepolitik und gegebenenfalls zu spezifischen strukturellen Herausforderungen. Für Deutschland wird empfohlen, das öffentliche Defizit unter anderem dadurch abzubauen, dass Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich zurückgefahren werden. Außerdem solle die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter verringert werden.

- [EU-Kommission: Empfehlungen im Rahmen des Frühjahrspakets](#) 

Rat der EU: Entschlüsseungen zur Jugendpolitik

In einer Sitzung des Rates „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ hat sich der Rat der EU mit der Inklusion junger Geflüchteter in die aufnehmenden Gesellschaften der EU befasst. Der Fokus lag dabei auf jungen Ukrainer:innen. Die Minister:innen waren sich einig, dass bei der Planung für bestehende Programme der EU sowie im EU-Jugenddialog die Inklusion der jungen Ukrainer:innen berücksichtigt werden müsse. Sie nahmen eine Entschlüsselung zur Überarbeitung des Arbeitsplans für die EU-Jugendstrategie an, die auf Ergebnissen der jüngsten Konsultation im Rahmen des EU-Jugenddialogs basiert. Außerdem wurden in den Schlussfolgerungen die stärkere Einbindung junger Menschen in die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft angeregt. Die Minister:innen fordern Mitgliedstaaten und Kommission auf, Partizipationsmöglichkeiten benachteiligter junger Menschen zu prüfen. Fachkräfte in der Jugendarbeit sollten weitergebildet werden, um die Kompetenzen zu entwickeln, mit denen sie Nachhaltigkeit im Rahmen ihrer Tätigkeit fördern können. Die EU benötige außerdem einen übergreifenden Ansatz zur Beteiligung Jugendlicher und junger Menschen in allen politischen Ebenen und Politikfeldern.

- [Orientierungsaussprache zur Inklusion junger Menschen in die Gesellschaften der EU](#) 
- [Entschlüsselung zur Überarbeitung des EU-Jugendstrategie-Arbeitsplans](#) 
- [Schlussfolgerungen des Rates zu einer nachhaltigen Zukunft für junge Menschen](#) 

Rat der EU: Entschlüsselung zum europäischen Bildungsraum

Der Rat der EU hat eine Entschlüsselung angenommen, in der mit Blick auf das Jahr 2025 und darüber hinaus die langfristigen Pläne für den europäischen Bildungsraum festgelegt wurden. Darin wird die Bedeutung des Bildungsraums für den Zusammenhalt und die Stabilität der Demokratie in der EU betont. Die Zusammenarbeit für den europäischen Bildungsraum über 2025 hinaus müsse auf den Ergebnissen der laufenden Halbzeitüberprüfung des Programms geplant werden. Besonders im Fokus stehen müssten bis zum Jahr 2025 die Verbesserung der Chancengleichheit in der allgemeinen und beruflichen Bildung, die Bekämpfung des Lehrkräftemangels durch die Aufwertung des Lehrer:innenberufs, die Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Mobilität durch gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und die Förderung des lebenslangen Lernens. Die Minister:innen haben sich außerdem in einer Orientierungsaussprache mit der Rolle des Lesens für Lernen, Chancengleichheit und Teilhabe auseinandergesetzt. Erörtert wurden Maßnahmen zur Förderung des Lesens in den ersten Lebensjahren,

in Bibliotheken, im Schulunterricht und im Kontext des digitalen Wandels. In der Sitzung wurden außerdem die Ergebnisse der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung PIRLS vorgestellt.

- [Rat der EU: Der europäische Bildungsraum: Blick auf das Jahr 2025 und darüber hinaus](#) 
- [PIRLS 2021 International Results in Reading](#) 

Rat der EU: Standpunkt zur Kennzeichnung von Produkten als „grüne Produkte“

Der Rat der EU hat sein Verhandlungsmandat zum Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher:innen im ökologischen Wandel angenommen. Verbraucher:innen sollen vor unlauteren Praktiken wie irreführenden Behauptungen über Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit der Produkte geschützt werden. Dafür schlägt der Rat vor, allgemeine Aussagen wie „grün“ oder „öko“ auf Produkten durch ein Zertifizierungssystem zu schützen. Auch Nachhaltigkeitssiegel sollten nur dann verwendet werden dürfen, wenn sie durch amtliche Zertifizierungssysteme geprüft wurden. Außerdem müssten Verbraucher:innen darüber aufgeklärt werden, wenn Produkte nicht mit Zubehör oder Ersatzteilen von Drittherstellern verwendet werden können, eine begrenzte Nutzbarkeit aufweisen oder in der Haltbarkeit beschränkt sind. Sobald auch das EU-Parlament eine Position zur geplanten Richtlinie entschieden hat, beginnen die beiden Institutionen ihre Verhandlungen über den Vorschlag.

- [Rat der EU: Verhandlungsmandat zur Richtlinie für Verbraucherschutz im grünen Wandel](#)  

EU-Parlament stimmt für Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention

Das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt aus dem Jahr 2011 haben 34 EU-Mitgliedstaaten bereits ratifiziert. Die EU-Kommission hatte im Jahr 2016 angeregt, dass die EU selbst auch dem Abkommen beitreten sollte, um einen gemeinsamen Rahmen für die Prävention und Bekämpfung auf EU-Ebene voranzubringen. Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei haben die Istanbul-Konvention nicht ratifiziert und den Beitritt der EU abgelehnt. Im Jahr 2021 entschied der EuGH, dass für den Beitritt der EU kein einstimmiger Beschluss notwendig ist (s. [EuropaNews 10/21](#)). Der Rat der EU hat den Beitritt im Februar dieses Jahres beschlossen (s. [EuropaNews 02/23](#)). Mit der Zustimmung des Parlaments kann der Rat den Beitritt zum Abkommen nun abschließen.

- [Aktuelle Informationen des EU-Parlaments zum Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention](#) 

EU-Parlament: Fahrplan für ein soziales Europa

Das EU-Parlament hat eine Entschließung angenommen, in der sie die Umsetzung der Ziele aus der Erklärung von Porto (s. [EuropaNews 05/21](#)) fordert. Ein Fahrplan für ein soziales Europa müsse hochwertige und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fördern, besonders für junge Menschen und Frauen. Der Abbau von Einkommensungleichheiten und Armut sei für starke Volkswirtschaften und den Erhalt der Demokratie zentral. Die Kommission wird aufgefordert, die europäische Säule sozialer Rechte umfassend umzusetzen. Die Bekämpfung von Kinderarmut sei für zukünftige soziale Mobilität wichtig. Der Zugang zu hochwertiger Bildung und Betreuung ermögliche außerdem die Teilhabe von Müttern am Arbeitsmarkt. Die Umsetzung der europäischen Strategie für Pflege und Betreuung sowie die Ratsempfehlung für erschwingliche und hochwertige Langzeitpflege müssten umgesetzt werden. Der Sozialschutz müsse auf zukünftige Herausforderungen durch z.B. den Klimawandel und die digitale Transformation eingestellt sein, um langfristig ein sozial gerechtes Europa zu schaffen.

- [EU-Parlament: Entschließung zum Fahrplan für ein soziales Europa](#)

EGMR: Gleichgeschlechtliche Partnerschaften müssen rechtlichen Status erhalten können

Im Fall einer Klage von 21 gleichgeschlechtlichen Paaren aus Rumänien hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschieden, dass sie die Möglichkeit bekommen müssen, ihren Beziehungen einen rechtlichen Status zu geben. Zwar habe Rumänien einen Ermessensspielraum, in welchem Umfang und in welcher Form gleichgeschlechtliche Beziehungen rechtlich geschützt werden können. Es müsste jedoch ein solcher Schutz geschaffen werden, da andernfalls das Recht auf freie Gestaltung des Privatlebens im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt werde. Die Argumente Rumäniens gegen gleichgeschlechtliche Ehen seien in dieser Frage nicht relevant, da die legale Absicherung von Beziehungen und Familien nicht in Form der Ehe geschehen müsse. Die Möglichkeit einer eingetragenen Lebenspartnerschaft würde ausreichen, um die Rechte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention zu garantieren.

➤ [Urteil zur eingetragenen Lebenspartnerschaft in Rumänien](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Familienzulagengesetz reformiert

Der Bundesrat der Schweiz hat Änderungen des Familienzulagengesetzes verabschiedet, das die Finanzierung verschiedener Familienleistungen regelt. In der Schweiz werden Leistungen wie die Kinder-, Ausbildungs-, Geburts- und Adoptionszulage durch Familienausgleichskassen finanziert. Arbeitnehmer:innen und Selbstständige zahlen in die jeweils für sie zuständigen Familienausgleichskassen ein. Da diese nach Branchen organisiert sind, haben die Kassen unterschiedlich hohe Ausgaben: In einigen Branchen arbeiten Beschäftigte häufiger in Teilzeit und beanspruchen mehr Familienleistungen als der Durchschnitt. Dies betrifft vor allem Niedrig-Lohn Bereiche. Da die Leistungen aus den Gehältern der Branche finanziert werden, müssen diese Geringverdienenden höhere Abgaben zahlen als Arbeitnehmer:innen in Branchen, in denen viel verdient wird und wenig Familienleistungen beansprucht werden. Bisher stand es den Kantonen frei, für diese Ungleichheiten einen Lastenausgleich zwischen den Familienkassen einzuführen. Mit dem neuen Familienzulagengesetz wird ein verpflichtender Lastenausgleich eingeführt. Er soll dazu dienen, dass die Zulagen von allen Erwerbstätigen zu gleichen Anteilen finanziert werden.

Schweiz: Anspruch auf Mutterschaftsurlaub bei Parlamentarierinnen

Der Bundesrat der Schweiz unterstützt vier Initiativen, die aktuell eine Änderung des Erwerbssersatzgesetzes fordern. Derzeit verlieren Parlamentarierinnen ihren Anspruch auf Mutterschaftsurlaub, wenn sie während der Freistellung an Rats- oder Kommissionssitzungen teilnehmen. Dies gilt selbst dann, wenn sie für ihr Mandat keine Entschädigung erhalten. Der Bundesrat folgt dem Vorschlag der Initiativen für eine Ausnahmeregelung, die die Fortzahlung der Mutterschaftsentschädigung ermöglichen soll, wenn keine Vertretung für die Parlamentarierin im Mutterschaftsurlaub bestimmt wurde. Andernfalls könnte sich die Mutterschaft von Abgeordneten auf die Kräfteverhältnisse im Parlament auswirken. Außerdem könnte die jetzige Regelung dazu führen, dass Mandatsträgerinnen aufgrund ihrer Mutterschaft zurücktreten oder junge Frauen sich nicht zur Wahl stellen.

Irland: Warnhinweise auf alkoholischen Getränken

Irland hat als erster Staat weltweit beschlossen, auf alkoholische Getränke künftig Warnhinweise zu drucken. Nach einer dreijährigen Frist werden Getränkehersteller ab dem 22. Mai 2026 verpflichtet, auf alkoholischen Getränken

davor zu warnen, dass diese krebserregend sind, Lebererkrankungen hervorrufen und während der Schwangerschaft nicht konsumiert werden sollen. Außerdem soll der Alkoholgehalt in Gramm und der Kaloriengehalt der Getränke angegeben werden. Neben Getränkeherstellern hatten EU-Mitgliedstaaten gegen die Gesetzgebung protestiert. Aufgrund seiner Produktion und des Exports von alkoholischen Getränken hat Italien bei der EU und der Welthandelsorganisation wettbewerbsrechtliche Bedenken angemeldet. Die EU-Kommission hatte im Genehmigungsverfahren zum Gesetz keinen Einspruch gegen die irischen Pläne erhoben. Frankreich und Spanien haben sich Italien angeschlossen, um das Gesetz zu verhindern. Die Weltgesundheitsorganisation und der Sonderausschuss des EU-Parlaments zur Krebsbekämpfung betonen, dass auch geringer und moderater Konsum von Alkohol ein erhebliches Gesundheitsrisiko darstelle. EU-Parlament und EU-Kommission verzichteten dennoch darauf, in ihrem Krebsbekämpfungsstrategien jeglichen Alkoholkonsum als schädlich einzustufen.

Rumänien: Landesweiter Streik der Lehrkräfte

Lehrer:innen und Hilfskräfte an Schulen in Rumänien streiken derzeit landesweit für eine bessere Bezahlung. Nach Angaben des rumänischen Bildungsministeriums beteiligten sich 60 bis 70 Prozent der Lehrkräfte am Streik. In einigen Schulen hätte kein Unterricht angeboten werden können. Das Schuljahr endet in Rumänien üblicherweise Mitte bis Ende Juni. Der Streik gefährdet nun Abschlussprüfungen und Notenvergaben für die Zeugnisse. Die Gewerkschaften der Lehrer:innen fordern ein Einstiegsgehalt von 4.000 Lei (ca. 800 Euro) und ein Gehalt von 7.000 Lei (ca. 1.400 Euro) für erfahrene Lehrkräfte. Das letzte Angebot der Regierung – Gutscheinkarten über 1.000 Lei im Juni und 1.500 Lei im Oktober – lehnten die Gewerkschaften ab. Einmalzahlungen und Gutscheine lösten das Problem langfristig nicht, da auch die Altersversorgung von Lehrkräften ein Problem darstelle. Diese ließe sich nur mit angemessenen Löhnen sicherstellen.

Portugal: Sterbehilfe soll legalisiert werden

Das portugiesische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das Sterbehilfe legalisiert. Künftig soll es möglich sein, dass unheilbar kranke Menschen ihrem Leben ein Ende setzen. Nach Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten und Einwänden des Verfassungsgerichts wurde der Gesetzesentwurf mehrfach abgeändert. Die jetzt verabschiedete Form sieht vor, dass die Sterbehilfe nur Erwachsenen zur Verfügung stehen soll. Diese müssen anhaltende Schmerzen haben, die ein erträgliches Maß übersteigen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass sie geistig in der Lage sind, die Entscheidung zu treffen. Nur portugiesische Staatsbürger:innen und Menschen, die dauerhaft in Portugal leben, können künftig auf die legale Sterbehilfe zugreifen. Es wird nicht möglich sein, dass Ausländer:innen dorthin reisen, um ihr Leben auf diesem Weg zu beenden.

Frankreich: Gesetzentwurf gegen Verjährung von Sexualstraftaten

Senator:innen verschiedener Fraktionen im französischen Senat haben einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem bei Sexualstraftaten an Kindern keine Verjährungsfrist mehr gelten würde. In der Begründung wird die niedrige Zahl an Verurteilungen angeführt, die mit der bestehenden Verjährungsfrist in Verbindung gebracht wird. Aktuell unterliegen Sexualdelikte gegen Minderjährige einer Verjährungsfrist von 30 Jahren, die mit der Volljährigkeit der Opfer beginnt. Betroffene können demnach vor dem Erreichen ihres 48. Lebensjahres Anzeige erstatten. Auch eine solche Form der „gleitenden Verjährung“ setze Betroffene unter Druck. Der Entwurf sieht außerdem vor, Dritte zu verpflichten, sexuelle Gewalt gegen Schutzbedürftige offenzulegen. Dies solle auch dann gelten, wenn die Schutzbedürftigkeit nicht länger besteht.

Albanien: Niedrigste Geburtenrate seit den neunziger Jahren

In Albanien wurden im ersten Quartal des Jahres 5.164 Kinder geboren. Dies entspricht einem Rückgang von 16,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist die geringste Anzahl an Geburten seit den neunziger Jahren. Obwohl die Sterblichkeitsrate sich wieder auf das Niveau von vor der Pandemie normalisiert hat, ergab sich dadurch eine negative Wachstumsrate. Die Geburtenrate in Albanien ist seit Jahrzehnten rückläufig: Sie sank von 6 Kinder pro Frau in den sechziger Jahren auf 1,32 Kinder im Jahr 2021. Viele junge Albaner:innen verlassen das Land, sodass sie zur Phase der Familiengründung häufig in anderen Ländern leben. Zudem bedingen kulturelle Veränderungen sowie die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln die gesunkene Geburtenrate. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass die Bevölkerung Albanien bis zum Jahr 2100 auf 1,1 Millionen zurückgehen könnte.

Großbritannien: Entschädigungsprogramm für Opfer sexuellen Missbrauchs

Das britische Innenministerium hat angekündigt, ein Entschädigungsprogramm für Opfer von sexuellem Missbrauch in Kindheit und Jugend auszuarbeiten. Dabei sollen die Verfehlungen aufgearbeitet werden, die Missbrauch im institutionellen Kontext in der Vergangenheit ermöglicht haben. Betroffene und zivilgesellschaftliche Organisationen sollen in die Ausarbeitung der richtigen Unterstützungsformen für Opfer einbezogen werden. Verbessert werden sollen der Zugang zu therapeutischer Unterstützung, die polizeiliche Ermittlungen zu sexuellem Missbrauch an Kindern, das Kinderschutzsystem und der Schutz vor bzw. die Verfolgung von Inhalten im Netz, die sexuellen Missbrauch an Kindern zeigen. Großbritannien arbeitet außerdem an einer Meldepflicht bei Verdachtsfällen für Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Die Initiative für das Programm geht auf die Ergebnisse einer unabhängigen Untersuchung zu sexuellem Missbrauch an Kindern zurück.

- [The Independent Inquiry into Child Sexual Abuse](#) 

Weitere Nachrichten

COFACE: Stellungnahme zu Qualitätsstandards in der frühkindlichen Betreuung

In einer Stellungnahme fordert COFACE Families Europe, die Europäischen Mindeststandards für die Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung einzuhalten. Sie seien in der Ratsempfehlung zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung festgeschrieben und bildeten einen wichtigen Bestandteil der EU-Pflegestrategie und der Kindergarantie. COFACE verweist auf ihre aktuelle Veröffentlichung zu qualitativ hochwertiger Betreuung, in der vor allem die Bedeutung von Betreuungsschlüsseln betont wird. Für das Wohlbefinden der Kinder in Kitas und anderen Einrichtungen sei die Zahl der Kinder pro Erzieher:in entscheidend. Richtlinien für Qualität in der Betreuung, wie sie in allen EU-Mitgliedstaaten existieren, reichten nicht aus, um hochwertige Betreuung zu garantieren. Es müssten rechtlich verbindliche Mindestanforderungen definiert werden, die nicht unterschritten werden dürften.

- [Early Childhood Education and Care in times of trouble: Time for European minimum quality standards](#) 
- [COFACE Thematic Note on High-Quality Early Childhood Education and Care](#)  

COFACE: Stellungnahme zur Planung der Kohäsionspolitik

COFACE hat eine Stellungnahme zur geplanten EU-Kohäsionspolitik 2021 bis 2027 abgegeben. Geplant sind Investitionen über 545 Milliarden Euro, von denen 378 Milliarden aus EU-Mitteln finanziert werden. Die

Investitionen sollen dazu beitragen, dass sich das sozioökonomische Niveau in den Regionen der EU angleicht, ein inklusives und soziales Europa entsteht und ein fairer Übergang in nachhaltiges Wirtschaften gelingt. Im Anhang des Berichts sind die Politikfelder mit den geplanten Investitionen aufgeschlüsselt. COFACE Families Europe untersucht, welche der Investitionen für Familien geplant sind. In Finnland zähle die Entwicklung von Leistungen für Kinder, junge Menschen und Familien zu den zentralen Politikbereichen. In Bulgarien, Kroatien und Tschechien solle vor allem die Nutzung von Angeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung gefördert werden. In Irland werde außerdem in die (Weiter-) Qualifizierung von Fachkräften in diesem Bereich investiert. Die Investitionen für Deutschland sollen Zielgruppen zugutekommen, die einen reduzierten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Auch die Bekämpfung von Kinderarmut sei für die Investitionen in Deutschland wichtig, da Entsprechend den Vorgaben aus der EU-Kindergarantie 5,9 Prozent des Budgets aus dem ESF+ in entsprechende Maßnahmen fließen sollen.

- [Report on the outcome of 2021-2027 cohesion policy programming](#)  
- [COFACE: Die geplante EU-Kohäsionspolitik und ihre Auswirkung auf Familien](#) 



Europäische Woche der mentalen Gesundheit

Die vierte europäische Woche der mentalen Gesundheit vom 22. bis zum 28. Mai stand unter dem Motto „Mentally Healthy Communities. Thriving Together“. Der Fokus lag damit auf Gemeinschaften als Faktor für eine gute mentale Gesundheit von Individuen und auf der Förderung psychischer Gesundheit. Die Woche wurde von der zivilgesellschaftlichen Organisation Mental Health Europe ins Leben gerufen und wird vom EU-Parlament unterstützt. Im Rahmen der Aktionswoche fanden Online- und Präsenzveranstaltungen zum diesjährigen Thema statt. Außerdem wurde ein Social Media Kit zur Verfügung gestellt. Im Rahmen eines 20-Kilometer-Laufs in Brüssel wurden außerdem Spenden zur Unterstützung von Projekten für mentale Gesundheit gesammelt.

- [European Mental Health Awareness Week](#) 

Housing Europe: Wiederaufbau in der Ukraine

Die Organisation Housing Europe setzt sich dafür ein, dass nach dem Krieg in der Ukraine dort wieder angemessenes Wohnen möglich ist. In einem Symposium wurden die Herausforderungen beim Wiederaufbau von Wohngebieten und Infrastruktur erörtert. Es müsse sichergestellt werden, dass für rückkehrende Ukrainer:innen bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehe. Dafür müsse ein Nationaler Aktionsplan die Wohnungspolitik koordinieren. Außerdem bräuchte es Subventionen für sozial gerechtes und nachhaltiges Wohnen. Wichtige Strategien seien die Zusammenarbeit mit allen politischen Ebenen von der EU bis zu regionalen Strukturen, die Orientierung an den Nachhaltigkeitszielen und dem Europäischen Grünen Deal. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht veröffentlicht, der die Herausforderungen und Erkenntnisse zusammenfasst.

- [Aufzeichnung des Symposiums auf Youtube](#) 
- [Bericht "Rebuilding a place to call home"](#) 

Berichte und Studien

Eurochild: Kurzbericht über Kinder in alternativer Betreuung in den NAP für die Kindergarantie

Das Netzwerk europäischer Kinderrechtsorganisationen Eurochild hat einen Kurzbericht zur Untersuchung veröffentlicht, inwieweit die Nationalen Aktionspläne (NAP) der Mitgliedstaaten für die EU-Kindergarantie die

Situation von Kindern in alternativer Betreuung berücksichtigen. Der Bericht basiert auf Daten des DataCare-Projekts, in dem Eurochild mit Unterstützung von Unicef Daten über Kinderschutzsysteme in Europa sammelt und auswertet. In allen der bis dahin 20 veröffentlichten NAP für die Kindergarantie werden Kinder in alternativer Betreuung als besonders vulnerable Gruppe von Kindern aufgeführt. 16 Mitgliedstaaten nennen darüber hinaus konkrete Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung dieser Kinder. Die Situation junger Erwachsener, die aus Heimen oder Pflegefamilien in ein unabhängiges Leben starten („Care Leaver“) wird in nur zwölf NAP behandelt. Kinder mit Behinderungen oder mit einem Migrationshintergrund werden in der Mehrheit der NAP nicht berücksichtigt. Nur drei Mitgliedstaaten thematisieren Gewalt und Missbrauch an Kindern in alternativer Betreuung. Abschließend empfiehlt der Bericht eine umfassende Datenerhebung zu Kinderschutz und alternativer Betreuung. Die Situation von Kindern sollte in den verschiedenen Unterbringungsformen mit einem fortlaufenden Monitoring überprüft werden. Politische Maßnahmen sollten darauf aufbauend regelmäßig evaluiert werden.

- [Eurochild: Children in alternative care in the Child Guarantee National Action Plans](#)  

Eurochild: Jahresbericht 2022

Das Netzwerk europäischer Kinderrechtsorganisationen Eurochild hat seinen Jahresbericht für 2022 veröffentlicht. Die Webseite zum Jahresbericht gliedert sich in die Themen Kinderrechte, Kampf gegen Kinderarmut, Kinder in alternativer Betreuung, Entwicklung in der frühen Kindheit und Partizipation von Kindern. Zu den Tätigkeiten zählen im Bereich der Kinderarmutsbekämpfung die Taskforce für die EU-Kindergarantie. Bei der Umsetzung der Kinderrechte standen die aus der Ukraine geflüchteten Kinder im Vordergrund bzw. die, die sich noch in der Ukraine aufhalten. Zudem hat Eurochild zu verschiedenen Initiativen der EU Stellung bezogen, darunter die Kindergarantie, die EU-Pflegestrategie und der Kommissionsvorschlag für ein adäquates Mindesteinkommen in der EU.

- [Eurochild: Webseite zum Jahresbericht 2022](#) 

Unicef: Bericht zur frühkindlichen Betreuung von geflüchteten Kindern aus der Ukraine

Unicef hat einen Kurzbericht zur Rolle von frühkindlicher Bildung und Betreuung für die Zukunft ukrainischer Kinder herausgegeben. Unicef weist darauf hin, dass alle Kinder das Recht haben zu lernen und sich zu entwickeln. Dies umfasse den Zugang zu Angeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Diese dienen nicht nur der individuellen Entwicklung, sondern der Inklusion und Chancengleichheit von Gesellschaften. Aktuell ginge nur eins von drei geflüchteten Kindern aus der Ukraine im aufnehmenden Land in eine Kita oder andere Betreuungseinrichtungen. Der Zugang zu Betreuungsplätzen komme nicht nur den häufig belasteten Kindern zugute, sondern ermögliche auch die Erwerbsteilhabe für ihre Eltern. Im Bericht werden außerdem Empfehlungen abgegeben, wie die Zahl der Betreuungsplätze zeitnah erhöht werden könne: Geflüchtete Kinder sollten in die reguläre Planung von Betreuungskapazitäten einbezogen und das notwendige Budget zur Verfügung gestellt werden. Die Planung müsse regionale Unterschiede berücksichtigen und verschiedene Formen der Betreuung ermöglichen, die für unterschiedliche Lebenssituationen funktionieren.

- [Unicef: Building Bright Futures](#)  

Population Europe: Empfehlungen für besseren Schutz von Geflüchteten

Population Europe hat ein Diskussionspapier veröffentlicht, in dem die Vulnerabilität Geflüchteter betont und eine Asyl- und Migrationspolitik vorgeschlagen wird, die ihren Schutz ermöglicht. Sie beruhen auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „VULNER“. Darin wurden rechtliche und politische Regelungen für den Umgang mit

Vulnerabilitäten von schutzsuchenden Migrant:innen analysiert. In einer darauffolgenden Feldphase wurden 657 Interviews mit Geflüchteten geführt und Beobachtungsdaten zur institutionellen Behandlung dieser Gruppe gesammelt. Im Diskussionspapier wird vorgeschlagen, besseren Zugang zu laufenden Asylanträgen und weiteren Verfahren zu schaffen. Außerdem müsse die Unterbringung in Großeinrichtungen beendet werden, da sie die Rechte Geflüchteter auf angemessenen Wohnraum verletze. Die Arbeitsbedingungen von Mitarbeitenden in Aufnahmezentren müssten verbessert werden, da sie auch Auswirkungen auf die adäquate Versorgung Schutzsuchender hätten. Unbegleitete Minderjährige bräuchten intensive Unterstützung beim Übergang ins Erwachsenenleben. Auch Betroffene von Menschenhandel müssten besonders geschützt werden. Wege der legalen Migration und Möglichkeiten der Rückkehr sollten ausgebaut werden. Um eine geregelte Migrationspolitik umsetzen zu können, müsste diese langfristig geplant und finanziert werden.

- [Better Policies and Laws to Address Migrants' Vulnerabilities](#)  

OECD: Aktueller Bericht zu Geschlechterungleichheiten

In ihrem Bericht über Geschlechterungleichheiten nimmt die OECD Faktoren in den Blick, die in verschiedenen Bereichen zusammenwirken. In 33 Beiträgen werden aktuelle Daten u.a. zur Bildungsbeteiligung von Jungen und Mädchen und der Geschlechterunterschiede bei Karriereerwartungen und in Führungspositionen diskutiert. Weitere Beiträge befassen sich mit politischen Strategien für globale Geschlechtergerechtigkeit, mit rechtlichen Rahmenbedingungen für Gender Mainstreaming und seiner Umsetzung. Auch geschlechtsbasierte Gewalt wird behandelt. Die OECD weist darauf hin, dass Geschlechtergerechtigkeit im Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und in den Nachhaltigkeitszielen für 2030 festgeschrieben ist. Dafür müssten sich möglichst viele politische Akteur:innen auf den verschiedenen Ebenen zusammenschließen und Geschlechtergerechtigkeit als multidimensionales politisches Querschnittsthema angehen.

- [OECD: Joining Forces for Gender Equality](#) 

WHO: Richtlinien für altersfreundliche Städte

Im Rahmen der Dekade des gesunden Alterns hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Richtlinien für die Gestaltung altersfreundlicher Städte und Gemeinschaften veröffentlicht. Darin wird ein Rahmen vorgeschlagen, der auf der Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen basiert. Mithilfe strategischer Städteplanung sollten menschliche, finanzielle, institutionelle und kulturelle Ressourcen gebündelt werden. Darüber hinaus sei es entscheidend, die Gestaltung auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu planen und fortlaufend zu evaluieren. Zusätzlich hat die WHO ein Tool Kit mit praktischen Tipps zur Stadtentwicklung für Ältere veröffentlicht.

- [WHO: National programmes for age-friendly cities and communities: a guide](#)  
- [Toolkit zur Umsetzung der Leitlinien für altersfreundliche Städte](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
06. Juni 2023 Brüssel, Belgien & (hybrid)	Konferenz "Loneliness in the European Union: Policies at work"	Europäische Kommission

07. Juni 2023 Brüssel, Belgien	Introductory Course on Longitudinal and Cohort Data	Coordinate Network
07.-09. Juni 2023 Barcelona, Spanien	4th International Social Housing Festival	Housing Europe
08.-09. Juni 2023 Tirana, Albanien	EASPD and UNICEF International Conference: 'Family-centred Early Childhood Intervention: How to make it work'	Europ. Assoc. of Service providers for Persons with Disabilities (EASPD), UNICEF
13.-14. Juni 2023 Brüssel, Belgien	Seminar: Work-Life Balance Directive	EQUINET
26.-28. Juni 2023 Sheffield, GB	2023 Transforming Care Conference	Transforming Care Network
10. Juli 2023 online	Family Finance Surveys User Conference 2023	UK Data Service
25. Oktober 2023 Berlin, Deutschland	Europäisches Fachgespräch der AGF zum Thema „Umsetzung der Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung	Arbeitsgemeinschaft der dt. Familienorganisationen

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

